

# **Jahresbericht 2003**

## **Beratung und Information**

Auf viele Erfolge kann die Abteilung Beratung unter Federführung von Michael Teupen im Jahr 2003 zurückblicken. Einige Verschlimmerungsanträge führten zu Anhebungen der Gesundheitsschadensrente nach dem Bundesentschädigungsgesetz und beträchtlichen Nachzahlungen. Allerdings dauerten diese Verfahren überwiegend mehrere Jahre. Auch zwei Klageverfahren von Opfern der NS-Militärjustiz konnten erfolgreich abgeschlossen werden. Hier hatten die Überlebenden sogar mehr als fünf Jahre seit Antragstellung um ihre Entschädigung mit Hilfe des Bundesverbandes kämpfen müssen. Das Beratungstelefon stand tagelang nicht still, wenn die IOM (International Organisation for Migration) wieder Schreiben an die ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter versandt hatte, die bei diesen für große Missverständnisse und Aufregung sorgten. Als die Personenschäden der Ersten Kategorie abgelehnt wurden, sorgten sich viele Antragsteller um ihre Entschädigung. Auch die Überweisung der ersten Rate war von vielen Fragen begleitet, da sie über eine irische Bank versandt wurde.

Mittlerweile hat jedoch ein großer Teil der Überlebenden, die ihre Anträge bei der IOM gestellt hatten, die erste Rate erhalten. Dazu hat mit Sicherheit auch ein Besuch von Lothar Evers bei der IOM in Genf beigetragen. Es gelang ihm, den Zuständigen, Herrn de Winter, von einigen Verbesserungen des Ablaufs zu überzeugen.

Auch bei den Antragsverfahren zum Schweizer Banken Fonds und der Internationalen Kommission für Versicherungsansprüche aus der Holocaust-Ära konnten wir Erfolge verzeichnen. Ebenso bei Anträgen auf Entschädigung für Vermögensschäden bei der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“.

Natürlich war die Beratungsabteilung in diesem Jahr stark in die Kampagne zu Ghettorenten eingebunden. Darauf wird noch gesondert eingegangen.

Eine weitere Informationskampagne betraf diejenigen jüdischen Überlebenden, die noch Grundbesitz auf dem Gebiet der ehemaligen DDR hatten. Sie mußten ihre Ansprüche bis zum 31.03.04 beim Goodwill Fund der Claims Conference anmelden.

Zeichen 2051

## **Ghettorenten**

Lange Zeit rätselten die kampagnenerfahrenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bundesverbandes nach Kenntnis des Gesetzentwurfes zum ZRBG 2002 über die Reichweite und die Bedeutung dieses Gesetzes. Was würde es für die baltischen, ukrainischen und weißrussischen Ghetto-Arbeiter bedeuten? Denn 60 Monate Mindestbeitragszeit würden diese Überlebenden nicht nachweisen können mit ihren Ghetto- Zeiten und ihr EU-Beitritt, der die Mindestbeitragszeit überflüssig macht, erfolgt erst , wenn überhaupt, lange nach Inkrafttreten des Gesetzes.

Daher begannen große Teile der internationalen Informationskampagne erst Anfang des Jahres 2003. Was war mit den Ghetto-Überlebenden in Griechenland, der großen jüdischen Gemeinde in Thessaloniki? Wir schrieben die Verfolgtenverbände in Bulgarien, Rumänien und Jugoslawien an und erhielten keine Antwort. Die in der Schweiz lebenden NS-Verfolgten erreichten wir durch Gabor Hirsch, der die Information im Rundbrief seiner Organisation abdruckte. Er versuchte uns auch dabei behilflich zu sein, zu den ungarischen Juden in Budapest Kontakt aufzunehmen.

Da der 30. Juni 2003 als Frist für eine Nachzahlung ab 1997 drängte, geriet die Kampagne spätestens ab April in eine hektische Phase, die viele andere Aktivitäten des Bundesverbandes in den Hintergrund schob (leider auch den Jahresbericht 2002 und die „überleben...“). Im Mai lancierte der Bundesverband Pressemeldungen zum ZRBG in den USA, die zu einem sprunghaften Anwachsen der Anfragen bei der amerikanischen Partnerorganisation „Support for Survivors of Nazi-Persecution International“ in Baltimore führten. Der dortige ehrenamtlich im Vorstand wirkende Tom Hasler war bald völlig überfordert mit dem Ansturm. Nur zwei Unterstützungsaufenthalte in Baltimore im Juni von Lothar Evers, der dann von Jost Rebenitsch abgelöst wurde, die stundenweise Beschäftigung eines Studenten und eine Hotline in Köln in Abendschicht konnten die Situation retten.

Am 1. Juli konnten die MitarbeiterInnen des Bundesverbandes und Support International dann zufrieden auf weit über tausend Anträge blicken, die durch die Kampagne noch fristgerecht auf den Weg gebracht werden konnten. Eine Verlängerung der Antragsfrist konnten wir trotz intensiver Bemühungen nicht mehr erreichen. Ebenso blieb die Frage nach den weißrussischen, den baltischen und den ukrainischen Antragstellern offen.

Heute sind die Aussichten für die osteuropäischen NS-Überlebenden schlechter denn je. Denn im Laufe der Monate folgte dem verhaltenen Optimismus die zunehmende Enttäuschung. Die Hilfe beim Ausfüllen der Anträge gestaltete sich aufgrund des Alters der Betroffenen aber auch aufgrund des Themas äußerst schwierig. Die Zusammenarbeit mit der Landesversicherungsanstalt Hamburg lief auch nur scheinbar nach unseren Vorstellungen. Bald kamen die ersten Ablehnungsbescheide an die kooperierenden Anwaltskanzleien. Die Begründungen waren und sind zum Teil nicht nachvollziehbar. Der Verband Deutscher Rentenversicherungsträger (VDR) und die Landesversicherungsanstalten gaben sich widersprechende Informationen. Tatsächlich gab es bis Ende des Jahres bei über tausend Anträgen nur 13 positive Bescheide. Für eine abschließende Bilanz der Kampagne ist es noch zu früh. Die Ansprüche der circa 800 tschechischen Theresienstadt-Überlebenden müssen wahrscheinlich auf dem Klageweg geklärt werden. Daher können wir mit einer Entscheidung erst gegen Ende des Jahres 2004 oder später rechnen.

Zeichen 3412

### **Stiftung „Erinnerung, Verantwortung, Zukunft“ und Kuratorium**

Günter Saathoff ist seit September 2003 im Vorstand für Botschafter Avi Primor, der nicht erneut für den Vorstand kandidierte. Das ist ein sehr großer Erfolg für die NS-Verfolgten, denn er ist mit Sicherheit der führende Experte in Sachen Entschädigung von NS-Verfolgten. Darüber hinaus sind viele durch die Stiftung finanzierte psychosoziale Hilfsprojekte im Jahr 2003 angelaufen, der überwiegende Teil in Osteuropa. Wegen fehlender Sachkenntnis hat sich die Stiftung entschlossen, keine Kunstprojekte mehr zu fördern. Das traf dann leider auch die Finanzierung des Fotoprojekts „Späte Gerechtigkeit“.

Es fanden im Jahr 2003 nur zwei Kuratoriumssitzungen statt, im April und im September.

751

### **Projekt Nachweisbeschaffung**

Am 25. Februar 2004 hat der Kollege Andreas Plake, Leiter des Verteilzentrums, die aktuelle Statistik zusammengestellt. Danach hatte das Verteilzentrum insgesamt 404.962 Anfragen zu bearbeiten, von denen 260.944 in der Zwischenzeit aus unterschiedlichen Gründen „inaktiv“ gestellt werden konnten und damit als erledigt angesehen werden dürfen. Von den verbleibenden 144.018 Anfragen wurden 29.597 negativ erledigt: Nach ergebnisloser Recherche beim Internationalen Suchdienst wurde auch innerhalb des Nachweisverbundes

kein positives Ergebnis ermittelt. Eine deutlich höhere Zahl, nämlich 35.066 Anfragen wurden positiv erledigt: Der Nachweis wurde erfolgreich geführt. Die verbleibenden 79.355 Anfragen werden aus unterschiedlichen Gründen an unterschiedlichen Stellen noch bearbeitet, wobei realistischerweise nur bei einer Minderheit noch mit einem positiven Ermittlungsergebnis zu rechnen ist. Selbst wenn man - was auszuschließen ist - in keinem Fall mehr mit einem Nachweis rechnet, hätte der Nachweisverbund eine Erfolgsquote von 24,35 %. Dies bedeutet, dass schon wenige positive Ermittlungsergebnisse im Schlusspurt dem Nachweisverbund eine Erfolgsquote von mehr als 25 % bescheren wird.

Zur Zwischenbilanz gehört mehr als die Zahl der Anfragen. Am 25. Februar waren dem Nachweisverbund acht Partnerorganisationen, mit Ausnahme des Internationalen Suchdienstes alle im Ausland, fünf Beschwerdestellen von Partnerorganisationen, 17 Landeskoordinierungsstellen, 308 Einzelarchive, darunter das Bundesarchiv, acht Firmenarchive (z.B. DaimlerChrysler, Siemens, Krupp, Mannesmann, Hoesch und Degussa) und weitere Stellen wie die Bundesknappschaft, die Hauptverwaltung des Bundeseisenbahnvermögens, die Deutsche Dienststelle (Wehrmachtauskunftstelle) sowie nicht zuletzt die Kirchlichen Suchdienste in Stuttgart und Passau sowie Landesversicherungsanstalten und Allgemeine Ortskrankenkassen angeschlossen.

Insgesamt trotz vieler zu überwindender Schwierigkeiten eine positive Bilanz dieses im Jahr 2004 auslaufenden Projektes.

### **Projekt Nachweise für ehemalige NS-Zwangsarbeiter/innen in Archiven kleiner und mittlerer Unternehmen**

Nachdem das Projekt im Mai 2002 mit einer dreiköpfigen ABM gestartet war, konnte es ab Oktober mit Mitteln der Bundesstiftung EVZ personell aufgestockt und die Suche bundesweit ausgedehnt werden. Die im Mai 2003 auslaufende ABM konnte leider nicht im vollen Umfang, sondern nur erheblich reduziert verlängert werden: zwei Teilzeit-Mitarbeiter/innen erhielten eine achtmonatige Verlängerung.

Von den insgesamt fast 20.000 an die Firmenrecherche verteilten Anfragen sind bisher etwa 3.000 Fälle recherchiert und abschließend bearbeitet worden.

Es ist sicherlich von vornherein klar gewesen, dass die Zahl der möglichen Einzelnachweise eher gering sein würde - die Zahl von 153 Einzelnachweisen ist eher als Erfolg zu werten. Das Hauptziel, nämlich die entdeckten Nachweis-Bestände in Zusammenarbeit mit dem Internationalen Suchdienst des Roten Kreuzes zu verfilmen und so für die aktuelle und zukünftige Nachweisbeschaffung leichter zugänglich zu machen, ist bisher nur in Ansätzen erreicht worden: Bisher sind zwar 143 Unternehmen mit entsprechenden Beständen angeschrieben worden, es haben aber lediglich 30 positiv geantwortet, von 62 Unternehmen steht eine Antwort bisher noch aus.

Die eher negativ zu wertenden Ergebnisse sind in erster Linie auf die verfehlte Personalpolitik der früheren Geschäftsführung zurückzuführen, die die bereitgestellten Etats nicht ausschöpfte.

1492

### **Mitglieder**

Auch im Jahr 2003 konnten wir 10 neue Mitglieder begrüßen. Leider traten im gleichen Zeitraum 13 Mitglieder aus dem Verband aus, 4 verstarben bedauerlicherweise. Die meisten der Austritte wurden mit der schlechten wirtschaftlichen Situation begründet. Der

Mitgliedsstand am Ende des Jahres 2003 lag damit bei 201. Dabei sind die 15 Verbände und Institutionen nicht zu vergessen. Neu dabei ist Migrant Service Publication aus Albany, Australien. Diese Institution um Horst Erlach engagiert sich hauptsächlich für ehemalige polnische Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter. Migrant Service und der Bundesverband blicken auf eine zehnjährige Zusammenarbeit zurück.

631 Zeichen

### **Fundraising/Öffentlichkeitsarbeit**

Das Fundraising, also die Beschaffung freier Mittel durch Bußgelder, Kollekten und Spenden ist im Jahr 2003 dramatisch zurückgegangen. Das liegt zum Teil auch am fehlenden Kontakt mit Spenderinnen und Spendern und den Bußgeld oder Kollekten vergebenden Personen. Seit Dezember 2002 schwieg der Bundesverband überwiegend, kein Jahresbericht, keine „überleben...“. Aber auch in Pressemedien war die Arbeit des Bundesverbandes selten präsent. Das ist sicherlich ein Grund für das schlechte Ergebnis. Während das Kollektenergebnis der evangelischen Landeskirchen **2002** noch **16 829** Euro betrug, waren es 2003 nur noch **10 514** Euro. An dieser Stelle möchte ich Frau Dr. Gumlich aus Berlin recht herzlich danken, die leider ihre Arbeit in der Synode der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg nach vielen Jahren beendet hat. Als eine der „Mütter“ des Bundesverbandes hat sie das Fundraising immer sehr erfolgreich unterstützt.

**570** Euro Bußgelder im Jahr 2003 sind kaum verständlich gegen **7800** Euro im Vorjahr, ebenso wie **7000** Euro freie Spenden gegen **13 000** Euro im Vorjahr.

Die Bilanz ergibt demnach **11 084** Euro freie Mittel 2003 gegen **37 629** Euro **2002**. Zwar bestätigt der Deutsche Fundraising Verband, daß 2003 ein mageres Spendenjahr war. Aber trotzdem wollen wir dieser Tendenz durch kontinuierlichen Kontakt mit Mitgliedern und Förderern entgegenwirken.

Eine der wenigen, dafür eine sehr aufwendige Öffentlichkeitsaktion war die Teilnahme auf der „Agora“ der ersten ökumenischen Kirchentag in Berlin Ende Mai. Der von Bildern der geplanten Fotoausstellung „Späte Gerechtigkeit“ dominierte Stand des Bundesverbandes (Foto) war sehr gut besucht, die vier anwesenden KollegInnen den ganzen Tag im Gespräch. Hierzu erschien auch eine Sonderausgabe von „überleben...“.

1770

### **Personelle Veränderungen im Bundesverband**

Im September wurde im Bundesverband erstmalig die Wahl eines Betriebsrats organisiert. Zur Betriebsrätin wurde die 26 jährige Kauffrau Sabrina Engels gewählt, die den Bundesverband und das Archivprojekt seit Oktober 2002 buchhalterisch unterstützt.

Im Rahmen dieser Geschehnisse kam es zu Konflikten, die in letzter Konsequenz zur Beendigung des Beschäftigungsverhältnis von Lothar Evers beim Bundesverband führten. Eine weitere Zusammenarbeit mit dem Mitgründer des Bundesverbandes und langjährigen Geschäftsführer, der sich besonders in der Auseinandersetzung um die Zwangsarbeiterentschädigung große Verdienste erworben hat, war nicht länger möglich.

609

Michael Teupen, Sonja Schlegel, Andreas Plake, Jost Rebentisch

März 2004